

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. f. w.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 207

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis: monatlich M. 60.—

Halver

Montag, den 4. September 1922

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe und 38 mm Breite
1.50 M., auswärts 2 M., im Kleinmetell 1 mm Höhe
und 90 mm Breite 8.— M.
Offerten-Befolgung 8.— M.

22. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Reparationskommission hat das deutsche Moratoriums-gesuch abgelehnt und einstimmig den belgischen Kompromiss-antrag angenommen, wonach die nächsten deutschen Zahlungs-terminen bis Ende des Jahres 1922 durch Schatzwechsel gedeckt werden sollen.

* Die Reichsregierung hat eine Reihe Einfuhrbeschränkungen für Luxuswaren beschlossen und u. a. die Einfuhrfreiheit für Rohabak aufgehoben.

* Um der Knappheit an Zahlungsmitteln abzuhelfen, will die Regierung Banknoten zu 50 000 und zu 100 000 Mark, zu-nächst in kleineren Mengen herausgeben.

* Die Spitzenorganisationen der Arbeiter und Angestellten haben in dringender Form sofortige Verhandlungen mit der Regierung zur Bekämpfung der Wirtschaftsnot gefordert.

* In Eberswalde bei Berlin wurden von der Menge mehrere Geschäfte geplündert, wobei es zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei kam.

* Die türkische Offensive an der Kleinasiatischen Front erzielte weitere bedeutende Fortschritte.

Die Entscheidung.

Ist es nun eine für Deutschland günstige oder eine ungünstige Entscheidung, zu der die Reparationskommission in Paris endlich, nach wochenlangem Gange und Wanken, gekommen ist? Wenn man nur auf die äußeren Vorgänge achtet, müßte man sagen, daß Deutschland mit seinen notwendigen und nur allzu berechtigten Forderungen wieder einmal unterlegen ist, denn sein Antrag auf Ge-währung eines Moratoriums wurde mit zwei zu zwei Stimmen abgelehnt, und das gleiche Schicksal erfuhr mit 3 : 1 der Antrag des britischen Vertreters Brad-bury auf Gewährung eines Moratoriums unter der Be-dingung, daß eine strenge Finanzkontrolle über Deutsch-land eingeführt werde. Einstimmig wurde schließlich der belgische Vorschlag zum Beschluß erhoben, wonach die nächsten Zahlungen Deutschlands bis Ende dieses Jahres durch Schatzscheine gedeckt werden sollen.

Zwischen diesen einzelnen Bestimmungen scheint es ja doch nach allem, was bisher darüber bekannt geworden ist, in dem Sitzungszimmer des Reparationsausschusses sehr bewegte Szenen gegeben zu haben. Die Verhandlungen drohten mehrfach zu scheitern, und als Bradbury mit sofortiger Abreise nach London drohte, eilte Herr Dubois zu Poincaré, um diesem allerhöchsten der Entente-Götter die Gefahren des Augenblicks zu schildern. Mit dem Er-gebnis, daß Frankreich letzten Endes nun doch einen Schritt zurückwich — und daß damit die unmittelbare Ge-fahr eines neuen gewaltsamen Vorgehens gegen Deutsch-land vermindert wurde. Und damit auch die unmittelbare Gefahr eines Zusammenbruchs der Entente, zu dem es also der französische Ministerpräsident nicht hat kommen lassen wollen. Insofern darf man von einer willkommen-nen Klärung der Lage sprechen. Herr Poincaré war nicht bereit, das Äußerste zu wagen, und wenn er es bis zur entscheidenden Sitzung hundert- und tausendmal durch seine Agenten ankündigen ließ, so sollte damit eben wieder nur ein Druck auf uns wie auf seine lieben Ententegenossen ausgeübt werden. Vor dem entscheidenden Ausreiten des britischen Vertreters ist er zurückgewichen — wenn auch nur bis zu einer Linie, die ihm jederzeit wieder erlauben kann, den jetzt geübten Verzicht rückgängig zu machen. Denn was man Deutschland gewährt hat, ist lediglich ein zeitlicher Nachlaß, eine Stundung von Forderungen, die jetzt ohnehin unter gar keinen Umständen beizutreiben wären. Die deutsche Regierung soll statt dessen Schatzscheine in Höhe der während der nächsten Monate fällig werdenden Beträge, insgesamt 270 Millionen, aus-sstellen und sie der belgischen Regierung übergeben, da diese es ist, die auf die nächsten Zahlungen des deutschen Schuld-ners Anspruch zu machen hat. In welcher Weise aber Belgien sich für den Aufschub dieser Zahlungen sichern will, das bleibt in älteren Verhandlungen zwischen ihr und der deutschen Regierung vorbehalten. Der Repara-tionsausschuß seinerseits hat nur für den Fall, daß diese Verhandlungen zu keiner Einigung führen sollten, die Hinterlegung von Gold bei einer auswärtigen Bank vor-gesehen, im übrigen aber den Beschluß über das Stun-dungsgesuch Deutschlands hinausgeschoben, bis er „den Plan einer radikalen Reform der öffentlichen Finan-zen Deutschlands“ fertiggestellt haben werde.

Als Ziel dieses Planes wird das Gleichgewicht unse-res Budgets, die Herabsetzung unserer aus-wärtigen Schulden zur Wiederherstellung des deut-schen Kredits — dies jedoch unter der ausdrücklichen Be-dingung, daß die beteiligten Regierungen vorher ihre Zu-stimmung dazu gegeben haben! — Währungsreform und Aufnahme äußerer wie innerer Anleihen bezeichnet. Und als Ausgangspunkt ihrer ganzen Entscheidung wird die Tatsache festgestellt, daß Deutschland jeden Kredit nach innen und außen verloren hat und daß die Mark auf drei Tausendstel ihres Wertes gefallen ist. Aus einer solchen Erkenntnis hätte jeder andere, nur nach wirtschaftlichen Gesichtspun-ten urteilende Gläubiger unbedingt in das erbetene Mo-ratorium willigen müssen. Der Reparationsausschuß hat sich, in seiner Mehrheit von politischem Erwägungen ge-leitet, nur mit äußerstem Widerstreben zu den allerniede-rsten Zugeständnissen bewegen lassen und so gerade nur für den Augenblick eine Atempause zugestanden, unbe-kümmert darum, wie sich die Lage nach wenigen Wochen oder Monaten gestaltet haben wird. Man darf nicht eines übertriebenen Pessimismus geziehen werden, wenn man befürchtet, daß die fortwährende Ungewißheit über unsere Zukunft die wirtschaftliche Lage des Reiches auch weiterhin noch ungünstig beeinflussen muß, so daß die Entente, wenn die in Gold einzulösenden Schatzscheine nach sechs Monaten fällig werden, uns vielleicht noch weniger imstande finden wird, sie einzulösen als jetzt.

Die augenblickliche Erleichterung, die uns zuteil wird, scheint freilich fürs erste einen Rückgang der Devisenkurse herbeiführen zu wollen. Ob er aber andauern wird, ist eine offene Frage. Es liegen zu viel ungünstige Faktoren vor, als daß man schon von der jetzigen Entscheidung der Reparationskommission eine wirkliche und dauernde Be-ruhigung der allgemeinen Lage erwarten könnte.

Die Fälligkeit der Schatzscheine.

Gestaffelte Einlösung der 6 Monatswechsel.

Der amtliche Bericht des Pariser Ministerrats.

Paris, 1. Sept. Eines der schwersten Bedenken hinsichtlich der neuen Zahlungsweise Deutschlands wird heute vom Pariser „Temps“ zerstreut. Das Blatt schreibt: Deutschland habe für die Belgien zu über-gibenden Wechsel für jede der einzelnen Zahlungs-fälligkeiten eine sechsmonatige Laufzeit, so daß also die Fälligkeiten vom 15. August am 15. Februar 1923 zu zahlen sei, die Fälligkeiten vom 15. September am 15. März usw. Die deutsche Regierung wird, dem Temps zufolge, diese Wechsel der Reparations-kommission zu übergeben haben. Diese wird die be-treffenden Beträge aus dem Kreditkonto Deutschlands und aus dem Schuldkonto Belgiens schreiben, welches sich durch die übermittelten Wechsel als befriedigend zu erklären habe.

Die Auffassung bei uns und drüben.

In Berliner politischen Kreisen steht man der Entscheidung der Reparationskommission der Sachlage entsprechend ziemlich zurückhaltend gegenüber. Es ist natürlich zu begrüßen, daß neue gewaltsame Erschütterungen für den Augenblick vermieden sind, aber alles weitere hängt davon ab, ob Belgien bei den bevorstehenden Sonderverhandlungen über die Sicherheiten für die verlangten Schatzscheine vernünftige und erträgliche Bedin-gungen bewilligt. Direktor Urbig von der Diskontogesellschaft äußerte, die Idee, die von belgischer Seite zuerst auf-tauchte, daß die D-Banken eine Garantie für die Summen in Schatzbons ausbringen sollten, sei überholt. Wenn das Reich nicht in der Lage sei, die Goldsumme aufzubringen, wie sollten denn die Großbanken diese Summen garantieren? Daher glaubt Direktor Urbig nicht, daß man jetzt noch einmal mit dieser Forderung auftreten würde.

Der Kanzler und die Parteiführer.

In Beratungen über die neue Situation eingetreten, auch der Überwachungsaußschuß des Reichstages ist zusammengetre-teten, um die politische Lage zu besprechen. Man wird jedoch erst nach der Rückkehr des Staatssekretärs Schröder aus Paris zu Beschlüssen kommen können. Als besonders wichtig sieht man in politischen Kreisen ferner die Feststellung der Reparations-kommission an, welche die Herabsetzung der auswärtigen Schul-denlasten Deutschlands für notwendig erachtet. Hierin ist die Ankündigung einer neuen Konferenz zu erblicken, um dem Ziele der Herabsetzung der deutschen Schuldenlasten, also ein bedeutsamer Fortschritt.

Französische Stimmen.

Zu der Geneigtheit Poincarés, der Entscheidung der Kom-mission zuzustimmen, hat vermutlich die in den letzten Tagen einjüngende Entwertung des französischen Frank beizutragen; er ging von 45 auf 40 herunter. Das bedeutet für die französische Wirtschaft ein sehr ernstes Sturmzeichen. Der belgische Frank hat die Verbundenheit mit dem Falle der Mark noch stärker gezeigt. Die Entscheidung der Kommission wird in französischen politischen Kreisen im allgemeinen günstig beurteilt. Die Auffassung geht dahin, daß sie in den wesentli-chen Punkten den von Poincaré ständig vertretenen Forderun-gen entspreche.

Die Meinung Bradburys.

In einer Unterredung mit dem Pariser Berichterstatter der „Times“ erklärte Bradbury, obwohl er im Interesse des deutschen Kredits einen unbedingten Aufschub vorgezogen hätte, so sei doch, wenn die notwendigen Vereinbarungen erzielt werden könnten, die für dieses Jahr notwendige Erleichterung ge-währhart. Es würde bedauerlich sein, wenn es notwendig wäre, Gold in auswärtigen Banken, in Kopenhagen oder Bern, zu deponieren. Aller Wahrscheinlichkeit nach werde dies ver-mieden werden. Er hoffe, daß die Abmachungen mit Belgien keine große Beanspruchung der deutschen Goldreserve bedeuten würden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Immer noch deutsche Kriegsgefangene!

Unter Beteiligung von Vertretern des Reichsfinanz-ministeriums, Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilge-fangene, und der Deutschen Volkshilfe in Paris fand dieser Tage im Auswärtigen Amt mit der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener, dem Volksbunde zum Schutz der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen und der Ver-einigung von Familien deutscher Kriegs- und Zivilgefan-gen eine Besprechung statt, in der die Frage der noch in Frankreich zurückgehaltenen und der im Gebiete des russischen Reiches versprengten deutschen Kriegsgefangenen und die Maßnahmen für ihre baldige Heimkehr erörtert wurden.

Die Sicherung des Eisenbahnverkehrs.

Auf eine Anfrage aus dem Reichstage über die Er-teilung von Unterricht an die Technische Nothilfe im Eisenbahnwesen hat der Reichsverkehrsminister geant-wortet, daß die Erfahrungen des Februarstreiks gezeigt hätten, daß es unerlässlich sei, dem Versuch einer Still-legung des Eisenbahnverkehrs durch vorbeugende Maß-nahmen entgegenzuwirken. Er halte es für seine Pflicht, Vorkehrungen in diesem Sinne zu treffen, um die großen wirtschaftlichen Schäden nach Möglichkeit zu vermeiden, welche mit einem gänzlichen Stillstande des Zugverkehrs für unsere gesamte Bevölkerung besonders unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen verbunden sein würden.

Bayerns Kampf gegen die Schutzgesetze

Ist trotz der letzten Vereinbarungen in Berlin nur abge-brochen, nicht aber beendet. Das bestätigt jetzt der bayer-sche Minister des Innern Dr. Schweyer in einem „offe-nen Briefe“, in welchem er sagt, der Abbruch des Kampfes durch die Aufhebung der bayerischen Notverordnung be-deute auch nicht die Anerkennung der Schutzgesetze. Sie würden von der bayerischen Regierung nach wie vor abgelehnt und bekämpft. Auch könne die Wie-der Einführung der bayerischen Notverordnung jederzeit erfolgen, wenn die Voraussetzungen weg-fallen sollten, unter denen sie aufgehoben wurde. Im übrigen wendet sich der Minister mit Entschiedenheit gegen die Verheißung des Volkes. Zu der Ver-sammlung auf dem Königsplatz seien von auswärts mit Geld Teilnehmer gewonnen worden. Die bayerische Re-gierung werde keiner Gewalt nachgeben, von welcher Seite sie auch kommen möge.

Rußland.

× Trotzki will eingreifen. Bei einer Unterredung mit Korrespondenten amerikanischer Zeitungen erklärte Trotzki auf die Frage nach der Möglichkeit neuer militärischer Interventionen: „Die Reparationsfrage bleibt auch für Rußland voll und ganz bestehen. Es ist zum Beispiel ganz augenscheinlich, daß ein neuer Schlag des Westens gegen Deutschland für das in Osteuropa halbwegs hergestellte Gleichgewicht kritisch ausfallen könnte. Die in diesen Aus-führungen angedeutete militärische „Intervention“ Sowjet-rußlands würde sich nach der Lage der Dinge praktisch wohl zunächst gegen Polen richten.“

Aus In- und Ausland.

Berlin. Gegenüber den Falschmeldungen ausländischer Zei-tungen über militärische Geheimklauseln zum Rapallo-vertrag ist erneut zu erklären, daß alle diese Meldungen auf böswilliger tendenziöser Erfindung beruhen.

Wiesbaden. Nachdem erst vor kurzem Regierungspräsident Momm von der Rheinlandkommission seines Amtes enthoben und der Landrat Schwebel durch die französische Polizei ver-haftet worden war, ist nunmehr auch der Regierungsassessor Dr. Prange in Wiesbaden, der das Befehlsgeschäft führte, von der französischen Militärpolizei verhaftet worden.

Halle. Der Ernährungsausschuß des Deutschen Städte-tages ist hier zu einer außerordentlichen Tagung zusammengetreten.

Prag. Der tschechoslowakische Ministerpräsident Dr. Benesch hat in Marienbad mit dem Ministerpräsidenten Pašić den tschechoslowakisch-jugoslawischen Allianzvertrag unter-zeichnet.

Le Havre. Alle Arbeiterverbände mit Ausnahme der Metall-, Textil- und Hafenarbeiter haben die sofortige Wieder-aufnahme der Arbeit beschlossen. Auch in anderen Städten Nordfrankreichs wurde der große Streik beigelegt.

Papiergeld in Rationen.

Milliardenfabrikation mit Hochdruck.

s. Berlin, 2. September.

Zu all den vielen Räten, unter denen wir gegenwärtig zu leiden haben, ist überflüssigerweise noch eine neue hin-zugekommen: die Zahlungsmitteln. Not an Zahlungs-mitteln dürften die meisten Deutschen zwar schon seit langem haben, denn wer befäße in diesen merkwürdigen Zeiten, in denen der Welt Ende gekommen zu sein scheint, Mittel genug, um alles, was er brauchen könnte, bezahlen zu können, aber bei der derzeitigen Zahlungsmitteln-handelt es sich um anderes.

Man hat so lange von einer Papiergeldinflation ge-sprochen, daß in jedermann der Glaube erweckt werden mußte, wir erständen geradezu in Banknoten, und nun stellt sich plötzlich heraus, daß wir noch lange nicht Papier ge-nug auf den Geldmarkt geworfen haben. Als vorgestern, am Monatsende, besonders starke Geldansprüche an die Reichsbank und an die andern Großbanken gestellt wurden, erwies sich der Bestand an Zahlungsmitteln, als so knapp, daß man ihn, um einigermaßen zu Rande zu kommen, rationieren mußte, wie man ehemals Zucker, Brot, Butter usw. rationiert hat. Die Reichsbank gab den Banken nur einen geringen Prozentsatz der angeforderten Summen; und die Banken, die das Geld an Großhandelsfirmen, Warenhäuser und Detailgeschäfte weiterzugeben hatten, mochten zusehen, wie sie mit ihrer „Rundschau“ fertig wurden. Daß jemand, weil ihm „feine“ Bank nicht genug Geld geben konnte, ihr etwa die Freundschaft kündigen und seinen Geldbedarf bei der „Konkurrenz“ decken würde, war jedenfalls nicht zu befürchten, denn die Konkurrenz hatte auch nichts. Und was man bei früheren Ratio-nierungen erlebt hat, erlebte man auch diesmal: die geld-hungrigen Leute „standen“ in langen Reihen — der Ver-liner nennt das: Polonäsen — vor den Bankgebäuden „auf Banknoten“, wie man sich in den Jahren des Un-heils vor den Schlächterläden aufstellte, um einen — Hap-pen Fleisch zu ergattern. Die Banken griffen hier und da zu ungewöhnlichen Hilfsmitteln, um dem Ansturm gewachsen zu sein: mehr als eine pumpte ihre eigenen Depotkunden an und holte sich hinterlegtes Bargeld aus den Safes, um einen Ausweg aus der Zahlungskalamität zu finden.

In nicht geringer Schwulst gerieten unter solanen Umständen besonders die vielen Ausländer, die jetzt Deutschland überschwemmen und zumal in der Reichs-hauptstadt eine dominierende Rolle spielen, alldieweil sie viel Geld unter die Leute bringen. Wenn sie an den Bankhallen erschienen, um ihre hohen Schecks einzu-lösen, mußten sie meist mit langen Gesichtern abziehen, denn es wurde ihnen mehr als einmal bedeutet, daß be-sagte Schecks zwar sehr achtungswert seien, aber „momen-tan“ nicht gegen Bargeld eingetauscht werden könnten, bares Geld nur in kleinen Dosen verabreicht werden könne. In vielen Fällen begnügten sich die Herren Ausländer dann auch mit Abschlagszahlungen, um wenigstens aus augenblicklichen Verlegenheiten herauszukommen.

Was ist nun der tiefere Grund dieser großen Zahlungsmittelknappheit? Das ist bald gesagt: „der“ tiefere Grund sind eigentlich drei tiefere Gründe, deren einen, die starken Geldansprüche am Monatsende, wir bereits erwähnt haben. Als zweiten dieser Gründe hat man den Buchdruckerstreik, unter dem Berlin vor mehreren Wochen zu leiden hatte, anzusehen. Dieser Streik dehnte sich auch auf die Reichsdruckerei aus, und die Folge war, daß ein paar Tage lang nicht einmal ein lumpiger Tausendmarktschein gedruckt werden konnte. Dafür wird jetzt „mit Hochdruck gedruckt“, bei Tag und bei Nacht, in Sonntagschichten und Überstunden, und wir werden das notwendige Geld schon bald wieder beisammen haben, wenn es nicht — und damit kommen wir zum dritten und letzten Grunde der Geldmisse — sofort wieder „gehamstert“ und ins Ausland verschleppt wird. Es gibt nämlich kuriose Leute, die blaue und braune Lappen sammeln, wie andere sich eine Briefmarken- oder Schmetterlingsammlung zulegen. Wohl dem, der's kann, aber wir ändern, die wir's nicht können — und das sind wohl die meisten — haben darunter zu leiden. Nachdem sie uns unsere Textilwaren, unsere Klaviere, unsere Schreibmaschinen weggekauft haben, kaufen die Amerikaner, die Dänen, die Holländer und andere interessante Gäste Deutschlands jetzt einfach unser Geld, und so kann es kommen, daß wir selbst nichts haben, wenn wir welches brauchen, und daß für uns einmal Ultimo mit — Matihai am letzten zusammenfällt!

Einfuhrbeschränkungen.

Berlin, 1. September.

Um einem weiteren Sturz der Mark zu begegnen, hat sich die Reichsregierung entschlossen, verschärfte Maßnahmen zur Unterbindung der Einfuhr aller irgend erheblichen Waren zu treffen. Zu diesem Zweck hat der Reichswirtschaftsminister die bisherige Einfuhrfreiheit für Rohabate durch Bekanntmachung vom 30. August d. Zs. mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Ebenso wird der Reichsernährungsminister auf seinem Gebiet Beschränkungen der Einfuhrfreiheit vornehmen. Gleichzeitig werden die Außenhandels- und anderen Bewilligungsstellen angewiesen, für diese Waren und eine Reihe anderer erheblicher bereits unter Einfuhrverbot stehender Waren bis auf weiteres Einfuhrbewilligungen nicht mehr zu erteilen. Das Einfuhrverbot wird wieder aufgehoben werden können, wenn ein genügender Zollsatz durch Erhöhung der Zölle erreicht ist. Der Reichswirtschaftsminister hat alsbald nach Erlaß des Einfuhrverbots für Rohabate die an der Tabakwirtschaft beteiligten Kreise zu einer Besprechung bei sich eingeladen. Der unter Zollaufsicht sich vollziehende Veredelungsverkehr wird durch die Aufhebung der Einfuhrfreiheit nicht berührt, da für ihn Einfuhrbewilligung nicht erforderlich ist.

Sotales und Provinzielles.

Halver, 4. September 1922.

□ Zur Wetterlage. Der Witterungsumschlag um die Wende der letzten Augustwoche, der uns einige Tage mit unerwartet schönem Wetter brachte, ließ vielfach die Hoffnung aufkommen, daß jetzt endlich das Ende der langen Schlechtwetterperiode gekommen sei. Das über dem Festlande liegende Hochdruckgebiet hatte sich allmählich so weit ausgedehnt, daß es ganz Deutschland beherrschte und das vom Atlantischen Ozean der Nordsee sich nähernde Tiefdruckgebiet fernhielt. Infolgedessen klarte sich der Himmel schnell auf. Die Temperaturen stiegen allenthalben sehr stark; in den Mittagsstunden wurden zumeist über 25 Grad Celsius gemessen. Schon am 29. August machten sich die ersten Anzeichen bemerkbar, daß das trockene Wetter nicht von allzu langer Dauer sein würde. Unter dem Einfluß kleinerer Teilwirbel, die stetig ostwärts vordrängten, nahm die Bewölkung im Westen zu. Im Laufe des 30. August gingen in Westdeutschland weitverbreitete Gewitter und Niederschläge nieder, die sich in der Nacht zum 31. August bis zur Ober ausdehnten. Später klarte sich das Wetter wieder auf. Da die atmosphärischen Störungen noch keineswegs behoben sind, ist die allgemeine Wetterlage noch immer ziemlich unsicher. Besonders in Norddeutschland ist bei dem Vorübergang der Teilminima mit östlichen, wenn auch im allgemeinen schwächeren Niederschlägen zu rechnen.

□ Seid häßlich! Der Reichsverkehrsminister hat erneut darauf hingewiesen, daß für richtige und hübsche Unter-

richtung der Reisenden von allen Stellen der Reichsbahn mit besonderem Nachdruck zu sorgen ist. Im Verkehr mit den Reisenden sollen nur solche Beamte verwendet werden, die mit dem Fahrplan der näheren Umgebung ihres Dienstortes und des engeren Verkehrsbereichs durchaus vertraut sind und die in der Lage sind, bei weitergehenden Anfragen an der Hand geeigneter Hilfsmittel die gewünschte Auskunft richtig zu erteilen. Wenn ein Beamter die gewünschte Auskunft nicht geben kann, so soll er den Reisenden an die Stelle weisen, wo sie einzuholen ist.

—* Für den Landkreis Mena sind nachstehende Kleinhandelspreise für inländisches Gemüse und Obst als angemessen ermittelt worden:

Kohlraabi	2-4 Mk. pr. Std.
Möhren (kurze) = Karotten	6-8 " " Pfd.
Möhren ohne Laub	4-6 " " Pfd.
Kopfsalat, feste (geschl. Köpfe)	1.50 - 2.50 " " Std.
Salat	5 " " Pfd.
Wirsing	8-10 " " Pfd.
Zwiebeln ohne Kraut	12-15 " " Pfd.
Weißkohl	4-5 " " Pfd.
Strauchbohnen	6-10 " " Pfd.
Stangenbohnen	12-16 " " Pfd.
Wachsbohnen	15-18 " " Pfd.
Endivienalat	6 " " Pfd.
Endivienalat als voller Kopf	4-8 " " Std.
Kartoffel	6-7 " " Pfd.
Apfel reif zum Rohgenuß	10-15 " " Pfd.
Apfel, Wirtschaftsobst	6-12 " " Pfd.
Fälschapel	1-2 " " Pfd.
Birnen reif zum Rohgenuß	10-15 " " Pfd.
Birnen, Wirtschaftsobst	6-12 " " Pfd.
Birnen Fälschobst	1-2 " " Pfd.
Frühpfäumen	10-12 " " Pfd.

Sämtliche Preise verstehen sich rein netto. Ueberschreitungen der als angemessen bekannt gegebenen Preise haben in jedem Falle eine behördliche Nachprüfung des höheren Preises nach den Grundsätzen der Preisprüfungsstelle zur Folge und unterliegen g. Z. den strafrechtlichen Bestimmungen der Preistreiberverordnung vom 8. 5. 1918 (R. G. Bl. S. 395). Es ist also nicht zulässig, von den vorstehend als angemessen bezeichneten Preisen ohne weiteres die höchsten Sätze zu fordern. Wenn die gezahlten Einkaufspreise nach Hinzurechnung der nach den Grundsätzen der Preisprüfungsstelle zulässigen Verdiensts und Untkostenpanne die Möglichkeit des Verkaufs zu einem niedrigen Preise ergeben, so darf selbstverständlich nur dieser gefordert werden. Es ist daher zur Erleichterung der Nachprüfung dringend erforderlich, daß die Händler datierte Einkaufsrechnungen am Verkaufsstande bereit halten und diese den Kontrollbeamten auf Wunsch vorzeigen.

+ Halver, 2. Sept. Nachdem nunmehr die Vergütung für den nebenamtlichen Berufsschulunterricht im ganzen Reiche einheitlich — und zwar nach Ortsklassen getrennt — festgelegt worden ist, hat der Lehrerverein Halver-Schalksmühle beschlossen, die für den nebenamtlichen Berufsschulunterricht festgelegten Beträge auch für die Privatstunden zu übernehmen.

+ Schalksmühle, 2. Sept. Die Ortsgruppe der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen veranstaltete am 10. Juni d. J. ein Wohltätigkeitskonzert. Der Reinertrag desselben war ursprünglich dazu bestimmt, am kommenden Weihnachtstages den Kindern unserer gefallenen Helden durch eine kleine Weihnachtsfeier verbunden mit einer Bescheerung ihre sorgenvolle Jugend durch einen Lichtstrahl der Liebe zu erhellen. Es sollte den Kindern bewiesen werden, daß es auch heute noch Menschen gibt, die der Heldentaten ihrer lieben Väter gedenken und gewillt sind, die letzten Bitten und Seufzer der gefallenen Kameraden einzulösen. — Aber leider mußte infolge der schnell fortschreitenden Geldentwertung und der immer ständig wachsenden Not der Kriegshinterbliebenen von einer Weihnachtsfeier Abstand genommen werden. Aus genanntem Grunde wurde beschlossen, die Gelder schon jetzt den Kriegswitwen für die Winteraktion zur Verfügung zu stellen. Am Mittwochabend konnten durch den Vorstand der hiesigen

Ortsgruppe an 54 Kinder pro Kind 250 Mark zur Verteilung gelangen.

Balbert, 30. Aug. In der am 28. d. M. unter dem Vorsitz des Amtmanns Wedder stattgefundenen Sitzung der Gemeindevertretung von Balbert wurde folgendes verhandelt und beschlossen: Infolge der hohen Baukosten wird der Schulneubau Hardenberg einstweilig zurückgestellt. Der Holzbestand des Schulgrundstückes Flur 34 Nr. 197/94 an der hohen Hardt soll gefällt und demnächst öffentlich versteigert werden. Dem Abkommen mit der Listeralsperren-Genossenschaft auf Unterhaltung der Listertrasse wurde zugestimmt. Da die Listertrasse von Hunswinkel bis zur Gemeindegrenze sich in einem schlechten Zustande befindet, soll über die betreffenden Instandsetzungsarbeiten mit der Steinindustrie und der Listeralsperren-Genossenschaft in nähere Verhandlung eingetreten werden. Die Durchführung des Reichsmietengesetzes wurde vorläufig vertagt. Dem Antrage der Bewohner von Worbisheid auf Weiterbau des Weges in Oberworbisheid wurde insofern zugestimmt, daß den Interessenten für die auszuführenden Arbeiter die für Oberworbisheid entfallenden diesjährigen Wegebaugelder überwiesen werden. Die Errichtung einer Sparkasse für die Gemeinde Balbert wurde einstimmig beschlossen. Der Gemeindevorstand wurde beauftragt, die erforderlichen Vorarbeiten vorzunehmen und die Satzungen in der nächsten Gemeinderatsitzung vorzulegen. Einstimmig wurde beschlossen, für den Bezirk der Gemeinde Balbert in Balbert für sämtliche jugendliche männliche Personen im Alter von 14 bis 18 Jahren eine Berufsschule zu errichten. Für den Wegebau Worbisheid soll eine Anleihe in Höhe von 200 000 Mk. bei der Landesbank der Provinz Westfalen aufgenommen werden. Ebenso wurde beschlossen, für den Brückenbau Hösinghausen eine Anleihe in Höhe von 300 000 Mk. bei der Provinz Westfalen aufzunehmen.

Bodum, 1. Sept. Infolge der weiteren erheblichen Verteuerung der Kohlenpreise und aller Stationskosten, Erhöhung der Löhne usw. ist der Höchstpreis für Zement im rhein-westf. Industriegebiet um 27 000 Mk. für 10 000 Kilogr. Frachtbasis Bodum, mit Wirkung ab 1. September erhöht worden. Da die Eisenbahnfrachten ab 1. September eine Erhöhung um 50 Prozent erfahren, so erhöhen sich entsprechend die Stationsfrachtpreise für Zement.

Brackel, 31. Aug. Er wollte den Blitzableiter stecken. Eine Polizeipatrouille wurde gegen 11 Uhr abends von einer Frau in Brackel davon in Kenntnis gesetzt, daß sich in ihrem Hause anscheinend Einbrecher befinden. Bei der Durchsuchung des Hauses stellte sich heraus, daß ein Einbrecher versuchte, den Blitzableiter abzulösen. Er hatte es auf die Platinspitze abgesehen. Der Mann wurde festgenommen.

Mülheim, 1. Sept. Folgeschwerer Dedeneinsturz. Bei dem Versuch eine ins Wanken geratene Decke zu stützen, sind auf der Schlackensteinsfabrik im Speldorf Hafengelände zwei Leute zu Tode gekommen. Die Decke brach und die Arbeiter Kolletschewski und Steg wurden von den Trümmern begraben. Man konnte sie nur als Leichen bergen.

Nah und Fern.

○ Wtsfunkentelegramme. Die Gebühr für die versuchsweise eingeführten Wtsfunkentelegramme ist mit Wirkung vom 1. September ab auf 250 Mark für das Wort, mindestens 2500 Mark für ein Wtsfunkentelegramm, festgesetzt worden.

○ Wieder eine. Das im 90. Jahrgang erscheinende Euzhavener Tageblatt sah sich infolge der Verhältnisse im Zeitungsgewerbe gezwungen, mit dem 1. September sein Erscheinen einzustellen.

○ Lebensmittelunruhen in Eberswalde. Zu schweren Zusammenstößen zwischen Blündernern und Beamten der Schutzpolizei ist es in Eberswalde gekommen. Es kam zu einem förmlichen Straßentkampf, in dessen Verlauf etwa 20 Personen, darunter 8 schwer, verletzt wurden. Der eine Verletzte, ein Russe namens Romanowski, ist im Krankenhaus gestorben.

„Die Poesie!“ rief Elisabeth. „Ach, dann wäre ja schon der erste Duft von unserem Walde abgestreift, wenn wir nicht in dem alten Schlosse wohnen könnten! Hier feste Mauern und eine gut erhaltene Zimmerdecke werden doch wahrhaftig noch in einem Turme oder dergleichen zu finden sein, und das übrige läßt sich mit Nachdenken und willigen rüstigen Händen leicht beschaffen... Wir stopfen Moos in etwaige Mauerlücken, nageln Bretter über unbequeme Türbögen, die keinen Flügel mehr haben, und tapezieren unsere vier Wände selbst. Auf den zerbröckelten Estrichfußboden legen wir eigenhändig geflochtene Strohmatte und erklären den kleinen vierfüßigen Ledermäulern im grauen Samtröckchen, die unseren Speiseshrank plündern, ernstlich den Krieg.“ — Mit verklärten Augen, ganz versunken in ihre Träumereien von dem demnächstigen Leben im frischen, grünen Walde, trat sie dann ans Klavier und schlug den Deckel zurück. Es war ein altes, ausgespieltes Instrument, dessen schwache, heisere Stimmen vollkommen harmonierten mit dem herabgekommenen Aushern; allein das Mendelssohnische Lied: „Durch den Wald, den dunkeln, geht usw.“ klang trotzdem hinreißend unter Elisabeths Fingern.

3.

Pfingsten ist vor der Tür. Ein weiches Lüftchen flattert über die Thüringer Berge und streift von ihrem Scheitel die letzten Schneereise. Drunter braust jauchzend der kühle Forellenbach aus dem Waldesdunkel quer über die buntgesprenkelten Talwiesen. Die einsame Schneidemühle klappert wieder lustig u. auf ihr niedriges, graues, geflicktes Schindeldach streuen die Obstbäume ihre Blütenfäden.

Auf der Landstraße, die durch einen reizenden Talgrund des Thüringer Waldes führt, rollte in einer bedackten Postkutsche die Familie Ferber ihrer neuen Heimat zu.

Elisabeth hatte sich weit aus dem dumpfen Wagen gebogen und sog mit tiefen Atemzügen die kräftige Waldluft ein, die, wie sie behauptete, auf der Stelle Lungen und Augen von dem Staube der verlassenen Hauptstadt reingewaschen habe

(Fortsetzung fol t.)

Goldelfe.

Roman von E. Marlitt.

3

(Nachdruck verboten)

Da kommt nun aber noch ein Rasus, der besprochen sein will. Eigentlich müßtest Du bei mir wohnen, und das ginge auch, wenn Du ein Junggefelle wärst, der nur vier Wände für sein Ich und einen Kommodentasten für seine Baternörder und dergleichen Zeug brauchte. Für eine ganze Familie habe ich jedoch schlechterdings keinen Platz in meinem alten, einsamen Mattennest von Forsthaus. Das nächste Dorf ist über eine halbe Stunde, die nächste Stadt eine ganze Stunde entfernt vom Forsthaus — das läßt sich durchaus nicht einrichten; denn Du kannst bei dem Gündewetter, wie wir's zum öfteren hier erleben, nicht so weit laufen.

Da hatte aber die alte Sabine, meine Haushälterin, die hier im nächsten Dorfe geboren ist, einen pubelnährigen Einfall. Das alte Schloß Gnaded — der brillante Nachlaß des hochseligen Herrn von Gnaded — liegt, wie ich Dir schon schrieb, ungefähr einen Büchsenchuß weit vom Forsthaus. Nun meinte Sabine, als sie noch eine rüstige Dirne gewesen sei — das ist, nebenbei gesagt, weit über ein Vierteljahrhundert her — da hat sie als Stubenmädchen bei den Gnadeds gewohnt. Damals sei das neue Schloß noch nicht ganz eingerichtet gewesen und habe nicht ausgereicht für die vielen Gäste, die jedes Jahr die großen Jagden mitgemacht hätten. Da sei nun der sogenannte Zwischenbau auf Schloß Gnaded — wahrscheinlich ein Verbindungsgebäude zwischen zwei Hauptflügeln des Schlosses — ein wenig aufgeführt und hergerichtet worden. Sie selbst hat droben die Betten machen und lüften müssen.

Sie behauptet nun fest und fest, der Bau könne noch nicht so arg zerfallen sein; denn er habe damals sehr fest ausgesehen und gebe doch vielleicht für Dich und die Deinen noch eine ganz hübsche Wohnung.

Du weißt, daß ich mich schwer geärgert habe über das nichtsnutzige Vermächtnis des Herrn von Gnaded, und deshalb es nicht über mich gewinnen konnte, das alte Nest, seit meiner Verheiratung nach hier, auch nur ein einziges Mal anzusehen. Auf Sabines Aussage hin hat mir jedoch einer meiner Burken gestern nachmittag auf einen Baum klettern müssen, an der einzigen Stelle, wo man in das Rudelsnest sehen kann; er saß aber, es liege da drin alles durcheinander

wie Kraut und Rüben. Da war ich nun heute morgen drin in der Stadt bei den Herren vom Gericht; aber sie gaben mir die Schlüssel nicht heraus ohne eine Vollmacht Deiner Frau und taten überhaupt so ängstlich, als lägen die Schätze von Golkonda in den alten Kumpelkammern. Reiner von denen, die damals versiegelt haben, konnte mir sagen, wie's drin aussieht; denn sie waren wohlweislich draußen geblieben, in der Meinung, es müßten einige Zimmerdecken die Freundlichkeit haben, auf ihre weißen Köpfe zu fallen, und haben sich begnügt, das Haupttor mit einem Dugend handgroßer Antsiegel zu besetzen. Wäre mir nun am allerliebsten, wenn wir die Dinge in Gemeinschaft besähen und überlegen könnten; deshalb entscheide Dich möglichst rasch und mache Dich dann mit den Deinen auf den Weg.

Hier ließ Elisabeth das Blatt sinken und richtete die leuchtenden Augen in atemloser Spannung auf Ferber.

„Nun, und was hast du beschlossen, lieber Vater?“ fragte sie hastig.

„Je nun,“ erwidert dieser mit ernstem Gesichte, „dort auf dem Schreibtische liegt meine Bitte um die Stelle an den Fürsten von L. bereits geschrieben und versiegelt... Es ist aber nicht mehr als billig, daß wir auch deine Wünsche dabei in Erwägung ziehen und deshalb sind wir durchaus nicht abgeneigt, dich hier zu lassen, falls —“

„Ach, nein, wenn Elisabeth nicht mitgeht, dann will ich auch lieber hier bleiben!“ unterbrach ihn der kleine Ernst, indem er sich angstvoll an die Schwester schmiegte.

„Sei du nur ruhig, mein Herzchen,“ sagte Elisabeth lachend, „ich finde schon meinen Platz auf dem Wagen, und wenn nicht, nun, so weißt du, ich bin mützig wie ein Soldat und kann laufen wie ein Hase. Als Kompaß habe ich die Sehnsucht nach dem grünen Walde bei mir. So geht es tapfer und bescheidenlich vorwärts auf meinen zwei kleinen Füßen, und was will denn Papa machen, wenn eines Abends ein armer, müder Wanderer mit zerrissenen Schuhen und leerer Tasche vor dem alten Schloßort erscheint u. Einlaß begehrt?“

„Freilich müßten wir aufmachen,“ rief lächelnd der Vater. „Abgesehen wirst du wohl an dem alten Schlosse vorbeigehen und an irgendeine einsame Bauernhütte im Walde anknöpfen müssen, wenn du uns finden willst; denn in dem Trümmernhaufen wird sich schwerlich ein Obdach für uns einrichten lassen.“

„Das fürchte ich auch,“ meinte die Mutter. „Wir arbeiten uns mühsam durch Hecken und Gestrüpp, wie ehemals Dornröschens unglückliche Befreier, und finden endlich —“

Landwirtschaftliches.

Der Umlagebanerott.

In der Sitzung des Reichstages vom 30. Juni hat der Reichsernährungsminister Fehr u. a. wörtlich ausgeprochen: „Das Wesen der Umlage liegt doch in starkem Maße auch darin, daß durch die beschränkte Zwangs-Wirtschaft der Brotversorgung in unserem gesamten Wirtschaftsleben in gewissem Sinne ein ruhender Pol geschaffen wird, der verhindert, daß die sprunghaftigen Steigerungen in unserer gesamten Lebenshaltung sich überstürzen.“ Heute wird auch Minister Fehr diesen ruhenden Pol vergeblich suchen. Noch im alten Erntejahr wurde trotz der Bestände der Reichsgetreidekasse der Preis des Markenbrottes fast verdoppelt. Für den 15. Oktober ist die nächste Erhöhung angekündigt. Die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse aber haben sich so gründlich verschoben, daß die Unbrauchbarkeit der Getreideumlage nunmehr sicherlich auch von der Reichsregierung und den Mehrheitsparteien des Reichstages anerkannt wird. So ist das Ergebnis des in gespannter politischer Lage und unter ausschließlich politischen Gesichtspunkten zustande gekommenen Umlagegesetzes einerseits eine unnötige Bloßstellung der Reichsregierung und der Mehrheitsparteien und andererseits — was noch schwerer wiegt — eine Lähmung der Schaffensfreude gerade in demjenigen Berufsstand, auf dessen Arbeit sich die Hoffnung auf den Fortbestand des deutschen Volkes in erster Linie stützen muß.

Es wäre bequem, den Jubel der mehrheitssozialistischen und unabhängigen Blätter über „die empfindliche Niederlage der Agrarier“ (vgl. „Leipziger Volkszeitung“ und „Vorwärts“ vom 15. Juli) jetzt mit reichlichem Spott zu vergelten. Hier genügt die Feststellung, daß sich gerade im Spiegel der Entwicklung der jüngsten Monate die von der Landwirtschaft im Frühjahr gemachten Vorschläge zur Brotversorgung als zutreffend erwiesen haben. Hob die Begründung der Regierungsvorlage hervor, ebenso wie ein stabiler Brotpreis sei auch ein erträglicher Brotpreis ein unbedingtes Erfordernis für eine geordnete Volkswirtschaft, so hat sich gezeigt, daß, wie angedeutet, nur die Regierung nicht vorausgesehen hat, mit der Erfüllungspolitik und ihrer steigenden Verarmung des deutschen Volkes ein stabiler Brotpreis schlechterdings unvereinbar ist. Um so bestimmter hätte das von der Landwirtschaft gezeichnete Ziel erstrebt werden müssen, einen erträglichen Brotpreis wenigstens für die minderbemittelten Kreise sicherzustellen, die ja schon unter dem bisherigen Brotpreis aufs schwerste zu leiden hatten und von den unaussprechlichen weiteren Erhöhungen unlenkbar aufs härteste getroffen werden. Der Weg der Regierung konnte zu diesem Ziele nicht führen. Von freiem Erfolge konnte da nur der Vorschlag des Reichs-Landbundes sein, alle wirtschaftlich Leistungsfähigen Kreise heranzuziehen, um den Minderbemittelten das tägliche Brot zu erträglichen Preisen zu geben.

Schon jetzt ist der Banerott des neuen Umlagegesetzes in doppelter Hinsicht klar erkennbar. Angesichts der Missernte in weiten Teilen ist die Umlage in der beschlossenen

nen Höhe nicht einziehbar. Der im Gesetz vorgeschlagene Preis aber steht in so großem Mißverhältnis zum heutigen Geldwert, daß er schlechterdings nicht beibehalten werden kann, ohne den Übergang zur extensiven Wirtschaft zu erzwingen.

Halbheiten.

Die amtlichen Mitteilungen über die Beschlüsse des Ministerrats vom 26. August werden in weiten Kreisen enttäuscht haben, sie sind recht mager ausgefallen. Wie man die von den Gewerkschaften aufgestellten Forderungen auch immer beurteilen mag, so hatten sie doch immer höhere Ziele. Selbst die bedrohlich ernste Lage des Reiches hat den Ministerrat nicht dazu bestimmen können, endlich eine Politik auf weite Sicht zu beginnen und dazu die Vermehrung der inländischen Erzeugung auf allen in Betracht kommenden Gebieten zum A und O unserer Wirtschaftspolitik zu machen. Wird in der öffentlichen Übersicht die Beschränkung der Einfuhr von Luxusgegenständen vorangestellt, so ist das lediglich ein Beispiel dafür, daß eine Maßnahme, ob auch sachlich berechtigt, praktisch ohne durchgreifende Wirkung bleiben kann. Unendlich größer als die für Luxusausgaben ins Ausland geflossenen Summen sind die Beträge, die heute namentlich für die Einfuhr von Lebensmitteln und Kohlen notwendig werden. Diese Einfuhr durch die stetige Vermehrung der inländischen Erzeugung immer stärker einzuschränken, sollte schon im Hinblick auf die Finanzlage des Reiches das gegebene Ziel der deutschen Wirtschaftspolitik sein. Statt dessen hat ja die Regierung ihren gesamten Einfluß dahin geltend gemacht, die Getreideumlage, dieses sichere Mittel zur Lähmung landwirtschaftlichen Erzeugungswillens, trotz der Warnungen der Landbünde zu wiederholen. Den Beschlüssen des Ministerrats fehlt also die große Linie; sie kommen über Halbheiten nicht hinaus.

Kartoffellieferung.

Trotz aller gegenteiligen Versprechungen der Regierungen im vergangenen Jahre ist die Umlage nochmals Gesetz geworden. Infolge der Missernte, wie der Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse spricht alles dafür, daß ihre Durchführung auch beim besten Willen der Landwirtschaft unmöglich ist und bei der Selbstverwertung zu großen Schäden führt. Dennoch sind wohl auf Veranlassung der linksstehenden Parteien bei einigen Landesregierungen noch weitergehende Bestrebungen im Gange, die auch auf die Einführung von Zwangsbestimmungen in der Kartoffelbewirtschaftung hinauslaufen. Wenn zweifellos im vergangenen Erntejahr die Eindeckung mit Kartoffeln viel zu wünschen übrig ließ und zeitweilig eine Kartoffelknappheit eintrat, so sind die Gründe hierfür, für die die Landwirtschaft in keiner Weise verantwortlich gemacht werden kann, in der Presse wie auch sonst genügend eingehend erörtert worden. Die Zwangswirtschaft wird niemals den Wünschen der Bevölkerung Rechnung tragen, geschweige denn der sich heute täglich verändernden Lage des Weltmarktes anpassen können. Man kann den Bedenken des Reichsanwalters nur zustimmen, der auf die Forderung der Gewerkschaften in der Sitzung am Donnerstag, den 24. August auf teilsweise Wiedereinführung der Zwangs-

wirtschaft sich dahin äußerte, daß es fraglich sei, ob das deutsche Volk, dessen Moral außerordentlich gelitten habe, noch soviel moralische Kraft aufbringen könne, um eine Zwangswirtschaft durchzuführen.

Die Kartoffelernte gibt in keiner Weise Anlaß zu der Befürchtung, daß die Versorgung der Bevölkerung nicht ausreichend sei. Gleichwohl wird unter den gegebenen Verhältnissen eine Verhütung der Bevölkerung nur dann eintreten, wenn rechtzeitige Lieferungsverträge mit den größeren Verbraucherorganisationen seitens der Landwirtschaft getätigt werden. Dieser Wunsch ist auch besonders in einer kürzlich stattgefundenen Beratung im Reichsernährungsministerium vom Vertreter der Regierung geäußert worden, der dadurch die Gefahr einer Einführung von Zwangsmaßnahmen beseitigen zu können glaubt. Die rechtzeitige Bestellung von Waggons, die im vergangenen Jahre vielfach völlig unzureichend war, wird durch solche Verträge gleichfalls erleichtert, denn das Reichsverkehrsministerium ist schon jetzt in der Lage, sich einen leichteren Überblick über den erforderlichen Wagenbedarf zu verschaffen. Wenn infolge der allgemeinen Schwankung der Markt sich vielleicht auch nicht bestimmte Preise für Kartoffeln festsetzen lassen, so kann doch immerhin in den Lieferungsverträgen der Preis nach den jeweiligen Marktnotierungen vereinbart werden und der jeweilige Zeitpunkt der Lieferungen festgesetzt werden. Landbünde und Verbraucherverbände müssen dazu unverzüglich aufrufen.

Wieder Aufkaufumwesen?

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ behaupten: „Aufkäufer aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet bereiten zurzeit Teile der Provinz Sachsen und des Freistaates Braunschweig und bieten den Landwirten für Herbstkartoffeln bis zu 1400 Mark je Zentner. In der Bevölkerung macht sich über dieses Aufkaufumwesen, welches die Preise in schamloser Weise in die Höhe treibt, die größte Empörung bemerkbar.“

Der Landbundsabg. Dr. Schifftan hat diese Mitteilung sofort zum Gegenstand einer kleinen Anfrage gemacht. Mit Zug hebt er hervor, daß derart unerfreuliche Preise der heutigen Wirtschaftslage nicht entsprechen und auch von keinem seiner Verantwortung bewußten Landwirt gebilligt werden können. Sollte die Darstellung des Leipziger Blattes in der Tat zutreffen, so muß diesen Aufkäufern alsbald das Handwerk gelegt werden. Den Anfängen tritt entgegen! Geschieht das nicht, dann kommen wir zum mindesten in der Preisfrage wieder in die unerfreulichen Verhältnisse des Vorjahres, wo Aufkäufer und Schleier die Kartoffeln ohne Not gewaltig verteuerten. Allerdings ist noch wirksamer als das harte Einhalten auf die Aufkäufer der Anruf an die Vernunft ihrer Auftraggeber in der Großindustrie des Westens.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Bekanntmachung.

Schornsteinfeger-Gebühren.

Mit Rücksicht auf die inzwischen weiterhin gestiegenen Kosten im Schornsteinfegergewerbe bestimme ich in Aenderung der Gebührenordnung vom 7. Juli 1922 für den Umfang der Aemter Halver, Kierspe und Meinerzhagen, daß vom 1. September 1922 ab bis auf weiteres zu zahlen sind:

- Für die Reinigung
1. der russischen (unbestehbaren) Schornsteine.
a) für das erste Stockwerk 12.— Mk.
b) für jedes weitere Stockwerk 3.— Mk. mehr.
 2. der fahr- oder bestehbaren Schornsteine.
a) für jedes lfd. Meter (auch angefangene) 4.— Mk.
b) mindestens aber 30.— Mk.
 3. einer Rauchkammer oder eines Rauchfangs.
für jedes Quadratmeter (auch angefangene) 2.40 Mk.

Die Vergütung für das Ausbrennen der Schornsteine ist der freien Vereinbarung überlassen.

Die oben angegebenen Gebühren für die Reinigung der russischen Schornsteine sind in den Fällen zu entrichten, in denen in einem Hause 3 oder mehr zu reinigende Schornsteine vorhanden sind. In den Fällen, in denen in einem Hause nur 1 Schornstein zu reinigen ist, ist ein Zuschlag von 50% zu den oben angeführten Gebühren zu zahlen. Sind in einem Hause nur 2 Schornsteine zu reinigen, so tritt zu den oben angeführten Gebühren ein Zuschlag von 25%.

Für die Reinigung fahr- oder bestehbarer Schornsteine oder von Rauchkammern oder Rauchfangen sind Zuschläge nicht zu zahlen.

Als Stockwerk gilt jeder Raum über oder unter einer Balkenlage bis zur letzten Hauptbalkenlage. Von der letzten Hauptbalkenlage bis zur Schornsteinmündung beträgt bei russischen Schornsteinen die Gebühr für die Reinigung für jedes (auch angefangene) Meter 1.— Mk. — Der Keller wird als Stockwerk berechnet, wenn der Schornstein bis zum Keller durchgeführt ist und dort entleert wird.

Wenn ohne Verschulden des Schornsteinfegermeisters oder seines Hilfspersonals die Reinigung nicht zu einem bestimmten, rechtzeitig angesagten oder vereinbarten Zeitpunkte erfolgen kann, wird zu der tarifmäßigen Gebühr ein Zuschlag von 30.— Mk. erhoben.

Altena, den 29. August 1922.

Der Landrat: Thomée.

Gemeinde Schalksmühle.

Die am 2. Juni d. J. erlassene Gewerbesteuer-Ordnung für die Gemeinde Schalksmühle hat am 30. August d. J. die Genehmigung des Kreisaußschusses in Altena und am 31. August d. J. die Zustimmung des Herrn Regierungs-Präsidenten in Arnsberg zur Genehmigung gefunden. Das Landesfinanzamt in Münster hat Einspruch gegen die Ordnung nicht erhoben. Die Ordnung kann, vom Tage dieser Bekanntmachung ab gerechnet, 4 Wochen lang im Geschäftszimmer des Gemeindevorstehers Groll eingesehen werden. Schalksmühle, den 1. Sept. 1922.

Der Gemeinde-Vorstand.

Ankauf von

Alteisen u. Metallen

(Kupfer, Rotguss, Messing, Blei, Zink)
kauft laufend zu den höchsten Tagespreisen

H. Bernhard Jr.,
Radevormwald, Grabenstraße 2.

Amt Halver.

Ausgabe der Brotmarken.

Die Ausgabe der neuen Brotmarken geschieht wie folgt am **Mittwoch, den 6. September d. J.** im Amtshaus, Zimmer Nr. 9 für die Lebensmittel-Ausweis-Nr.

1—1200 vormittags 8—12 Uhr,
in der Schule zu Oberbrügge 1201—1420 nachm. 1 Uhr
bei Wille in Ehringhausen 1421—1620 „ 3 „
in der Schule zu Neesfeld 1621—1880 „ 2 „

Am **Donnerstag, den 7. September d. J.** im Gasthof Müller in

Schalksmühle 1—660 vorm. 9—12 Uhr
bei Werthmann in

Buschhausen 1961—2000 nachm. 2 Uhr
bei Kesting in Grünbaum 1901—1960 „ 3 „

bei Goes in Schwente 2221—2360 „ 1 „
bei Pulverschorn in Aufschlag 2121—2210 „ 3 „

Am **Freitag, den 8. September d. J.** bei Bürger in Vommert 2061—2120 nachm. 2 Uhr

in der Schule zu Bergfeld 2001—2060 „ 4 „

Lebensmittel-Ausweis ist vorzulegen. Empiangene Marken sind sofort nachzuzahlen. Für eine spätere Abholung ist eine Gebühr von 5.— Mark zu entrichten. Am **Mittwoch, den 6. September** bleibt das Lebensmittelbüro in Halver, am **Donnerstag, den 7. September** das Büro in Schalksmühle für andere Geschäfte geschlossen.
Halver, den 31. August 1922. Der Amtmann.

Amt Kierspe.

Brotmarkenausgabe.

Die Ausgabe der Brotmarken für den neuen Versorgungszeitraum September, Oktober, November erfolgt in der bisherigen Weise gegen Vorlage des Lebensmittel-Ausweises und zwar wie folgt:

1. am **Donnerstag, den 7. September**
a) in Kierspe, Gasthof Plate vorm. v. 10—12 Uhr
b) in Bollwerk, Gasthof Crummenel nachm. v. 4—6 Uhr.

2. am **Freitag, den 8. September**
a) in Kierspe-Whf., Gasthof Cramer vorm. v. 9—12 Uhr,
b) in Rönshof, Gasthof Fling nachm. v. 4—6 Uhr.

Vorstehende Termine sind pünktlich einzuhalten. Die Marken sind sofort nachzuzahlen, spätere Remissionen können nicht berücksichtigt werden.
Kierspe, den 1. September 1922. Der Amtmann.

Habe stets auf Lager:

Damen-Kleider	Herrn-Anzüge
Damen-Mäntel	gestreifte Hosen
Kostümröcke	Sommer-Jacken
Blusen	usw. usw.

Paul Schulte, Halver-
Oberherweg Nr. 1.

Eine Frage



die eigentlich
keiner Erörterung
bedarf, ist die: Wo in-
riere ich am zweckmäßigsten?
Selbstredend in dem Allgemeinen Anzeiger
und dem Schalksmühler General-Anzeiger.

Gemeinde Halver.

Die am 7. Juni d. J. erlassene Gewerbesteuer-Ordnung für die Gemeinde Halver hat am 30. August d. J. die Genehmigung des Kreisaußschusses in Altena und am 31. August d. J. die Zustimmung des Herrn Regierungs-Präsidenten in Arnsberg zur Genehmigung gefunden. Das Landesfinanzamt in Münster hat Einspruch gegen die Ordnung nicht erhoben. Die Ordnung kann, vom Tage dieser Bekanntmachung ab gerechnet, 4 Wochen lang während der Dienststunden im Amtshaus hier, Zimmer Nr. 3 und an der Anschlagstelle im Amtshaus eingesehen werden.
Halver, den 1. Sept. 1922. Der Gemeinde-Vorstand.

In das Handelsregister A Nr. 796 ist heute die Firma **Walter Göddersmann, Schalksmühle** eingetragen. Inhaber ist der Bauunternehmer **Walter Göddersmann** in Schalksmühle.
Lüdenscheid, den 30. August 1922.

Amtsgericht.

Geschäftsbücher empfiehlt **Wih. Bell Jr., Halver.**

Für sofort oder 1. Oktober suche ich für meine Buchhandlung einen strebsamen

Lehrling

mit guten Schulkenntnissen.
Hermann Köster,
Halver.

Dies. Fabrikgesch. sucht
möglichst per sofort tüchtigen

Chasseur

gegen hohes Gehalt.
Angebote unter **Z. 1400**
an die Geschäftsstelle des
Allgem. Anz., Halver.



Bettfedern

Bettbarchent

alles einzeln oder kom-
plett, billig zu haben im
Bettengeschäft Boß,
Hagen, Gartenstr. 11.
Straßenbahnhaltestelle Markt.

Zuverlässiger, wachsender
rassereiner

Hund

(Aridal)
zu verkaufen.
Näheres zu erfragen in
der Geschäftsst. des Allg.
Anz., Halver.

Wachsender
Forrierer
zu verkaufen.
Halver, Berlinerstr. 95.
1. Etage